

Vortragsreihe 2012: „Alles im Umbruch?“

Referent: Ltd. Polizeidirektor a.D. Walter Wolf

„Arabellion – Weltfrieden in Gefahr?“

Den zweiten Vortrag der Reihe 2012 „Alles im Umbruch?“ hielt am 18. Juni 2012 Herr Ltd. Polizeidirektor a.D. Walter Wolf, Nabburg. Der Referent hat in Spitzenverwendungen bei Bundesgrenzschutz bzw. Bundespolizei ungewöhnliche lange und vielfältige Einsatzerfahrungen im Ausland sammeln können, die unter verschiedenen Mandaten erfolgten, u.a.:

1997: Bosnien-Herzegowina (UN)

1999: Albanien (EU)

1999/2000: Kosovo (UN)

2002: Afghanistan (deutsches Polizeiprojekt)

2005/06: Äthiopien (Afrikanische Union für EU)

2007 bis 2011: Chief Standing Police Capacity bei den Vereinten Nationen in New York; dabei bis Mai 2011: Betreuung weltweiter Polizeimissionen (Tschad [2008, s.u.], Haiti, Elfenbeinküste)

November 2011 bis Februar 2012: Libyen (UN)

Herr Wolf macht zu Beginn seines Vortrages, den er mit umfangreichem selbst aufgenommenem Fotomaterial illustriert, deutlich, dass der „Arabische Frühling“ und die „Arabellion“ in den letzten Wochen und Monaten stark im Focus der Öffentlichkeit standen und namhafte Experten verschiedenster Couleur sich hierzu geäußert haben.

Er möchte sich bei seiner Darstellung nicht auf den arabischen Raum beschränken, sondern Afrika einbeziehen, da zwischen diesen Regionen starke wechselseitige Beziehungen und Abhängigkeiten bestehen. Er will den Teilnehmern des Vortrages „aus dem Land erzählen“.

„Afrika“, so Wolf, „ist aktuell der Kontinent mit den meisten Konflikten.“ Als Beispiele nennt er Simbabwe, Ruanda und Kongo, während Südafrika sich seit Überwindung der Apartheid zu einem vergleichsweise stabilen Land und zur führenden afrikanischen Nation entwickelt hat.

Die Afrikanische Union (AU), seit 2002 Nachfolgeorganisation der OAS - Organisation Afrikanischer Staaten - umfasst 55 Staaten (derzeit ohne Marokko; Neuzugang: Das an Erdöl reiche Südsudan, nach Referendum) und verfolgt nunmehr nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sicherheitspolitische Ziele.

Neben der AU gibt es zahlreiche weitere Organisationen bzw. Zweckverbände mit partikulären, regionalen Interessenanspruch, die, so der Referent, neben ökonomischen Zielen aber stets auch „sicherheitsarchitektonische“ Funktion haben:

ECOWACS (Westafrika)
ECCAS (Zentralafrika)
SADC (Südafrika)
IGAD (Ostafrika)
MAGREB (Nordafrika)

Walter Wolf beschreibt im folgenden kursorisch, mit Hinweis auf die politische Landkarte Afrikas und mit Fotoaufnahmen die zum Teil recht unübersichtliche Lage in einzelnen der Länder: Somalia ist ein *failed state*, die UN dort erst seit gerade zwei Monaten wieder arbeitsfähig, zwischen Äthiopien und Eritrea bestehen bereits seit Jahrzehnten Grenzkonflikte, die mit kriegerischen Mitteln ausgetragen werden.

Ein weiterer Unruheherd ist die westsudanesische Provinz Darfur. 2,2 Millionen Menschen wurden durch arabische Dschandschawid-Reitermilizen aus ihren Dörfern auf dem freien Land vertrieben und leben in Strohhütten und Zelten. Positive Erfahrungen hat man dort mit der Etablierung von Frauenforen unter Anleitung farbiger weiblicher Polizistinnen gemacht. Seit 2003 leben alleine im westlich angrenzenden Tschad 400.000 Flüchtlinge in insgesamt 12 Camps feste Gebäude sind auch dort rar. Die Camps werden durch die Stammesältesten geleitet.

Tschad, Zentralafrikanische Republik und Sudan bilden jeweils Schwerpunkte von Rebellenaktivitäten, im Norden von Zentralafrika ist die amtliche Regierung inzwischen ohne Einfluss. In der durch Aufruhr gebeutelten Elfenbeinküste kam es nach Wahlen zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen bis der als Wahlsieger von der UN anerkannte Oppositionsführer sein Amt antreten konnte.

Mit Blick auf Länder an der Westküste – die sind u.a. Guinea, Guinea-Bissau und Mali - merkt der Referent zu letzterem an, dass sich dort Touaregstämme intern wegen der Frage eines eigenen Staates uneinig sind.

Ägypten steht vor Neuwahl des Präsidenten und ist auf einem demokratischen Weg, dessen Verlauf wesentlich vom Verhalten des Militärs abhängen wird. Die Polizei, unter Mubarak auf rund eine Millionen Mann angewachsen, hat einen schweren Stand, da als regimetreue geltend.

Die Lage in Tunesien, Algerien und Mauretanien bezeichnet Walter Wolf als „relativ stabil“.

Der Referent geht im folgenden näher auf die Lage im Tschad ein, ein Land, das exemplarisch für weitere Länder, wie z.B. Niger, zu sehen ist. Tschad, ein Binnenstaat in Zentralafrika, grenzt im Norden an Libyen, im Osten an den Sudan, im Süden an die Zentralafrikanische Republik und im Westen an Kamerun, Niger und Nigeria, an.

Die Bevölkerung lässt sich grob in zwei große Gruppen aufteilen: Die islamisch-arabisch-berberischen Ethnien im Norden und die schwarzafrikanisch-christlich-animistischen Gruppen im Süden.

Wie in vielen anderen zentralafrikanischen Ländern gibt es einen ausgeprägten Gegensatz zwischen Nord und Süd.

Rund neun Millionen Menschen leben im Tschad auf einer Fläche, die etwa 3,5 Mal so groß ist wie Deutschland. 80 Prozent der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze, eine Schulpflicht besteht nur formal, vor allem auf dem Land wird sie kaum eingehalten, fast 70 Prozent der Einwohner sind Analphabeten. Fotos des Referenten zeigen Szenen des täglichen Lebens: Zuckerrohr, Treibstoff in Glasflaschen, Fisch und Fleisch ohne jegliche Kühlung werden am Straßenrand und auf den Märkten feilgeboten. Waren werden durch Frauen traditionell auf dem Kopf getragen, Kinder versorgen die Familien mit Wasser, indem sie täglich erhebliche Strecken mit ihrer Last zurücklegen. Immer wieder kommt es zu sexuellen Übergriffen durch marodierende Banden gegenüber Frauen, die Holz sammeln. Die Wasserversorgung ist nicht annähernd ausreichend, laut WHO hat nicht einmal jeder zweite Bewohner Zugang zu sauberem Trinkwasser. Es gibt kaum motorisierte Transportmöglichkeiten, wenn dann sind die Lkw nach europäischen Maßstäben hoffnungslos überladen. Der Transport erfolgt mit Fahrrädern, Karren - oder eben zu Fuß. Die Infrastruktur ist wenig entwickelt, es gibt kaum befestigte Straßen, insbesondere im Osten des Landes.

1990 kam es im Tschad zum Staatsstreich, der bis heute amtierende Präsident, General Déby, veranlasste zwischenzeitlich eine Verfassungsänderung, um sich weitere Amtszeiten zu ermöglichen. Die Hauptstadt N'Djamena ist immer wieder zwischen Regierungstruppen und tschadischen Rebellengruppen, die vom Sudan unterstützt werden sollen, umkämpft. *Das* Gefechtsfahrzeug in Afrika ist der wendige, geländegängige Pickup mit laffetiertem MG oder Leichtgeschütz.

2007 wurde zum Schutz der Zivilbevölkerung und insbesondere der Flüchtlinge aus der Darfurregion die UN-Mission MINURCAT beschlossen, deren Schutz auf Wunsch der Regierung des Tschad aber durch militärische Einheiten der EU wahrgenommen werden sollten. So kam es 2008 bis 2009 zur Überbrückungsmission EUFOR Tchad/RCA bis auch die militärische Sicherheit in die Verantwortung von MINURCAT übergeben werden konnte. Im Rahmen dieses Stabilisierungs- und Schutzeinsatzes, wurde durch die UN eine (neue) Tschadpolizei ausgebildet und ausgerüstet, dies jedoch unter Leitung der Tschadregierung.

Der Referent war im September 2011, d.h. einen Monat nach der Einnahme Tripolis´ durch die Aufständischen in Libyen. Gaddafi herrschte seit 1969 über das nordafrikanische Land, seine Getreuen zogen sich auf ihre Hochburgen Bani Valid und Sirte zurück und leisteten erheblichen Widerstand. Die Treffgenauigkeit der von der NATO eingesetzten Waffen war sehr genau, der Referent hat persönlich keine Kollateralschäden gesehen.

Im Oktober 2011 fällt Gaddafi in Sirte, die vom Osten des Landes (Raum Bengasi) ausgehende Revolution hatte sich nach Süden und Westen ausgebreitet. Die durch örtliche Führer gebildeten Brigaden bestehen aber auch nach dem Waffenstillstand weiter, sie sind z.T. nicht in ihre Aushebungsregionen zurückgekehrt, bekämpfen sich in Scharmützeln gegenseitig und stellen so ein Problem für die friedliche Entwicklung des Landes dar.

Gaddafi hat über 40 Jahre diktatorisch geherrscht, die Generation der heute 50 bis 60jährigen weiß nicht was eine Wahl, geschweige denn ein demokratischer Willensbildungsprozess, ist.

Herr Wolf macht mit seinen Bildern von Libyen die gravierenden Unterschiede zwischen Libyen und dem Tschad und damit das oben erwähnte Nord-Süd-Gefälle - deutlich: Tripolis ist eine moderne Stadt mit leistungsfähigen Verkehrswegen, die Infrastruktur ist landesweit ausgebaut, das Land hat Potential für Tourismus (z.B. römische Mosaik und Amphitheater).

Die libysche Polizei, so Wolf, stellte bisher - anders als in Ägypten unter Mubarak - kein Instrument der Repression dar, sondern widmete sich den Aufgaben der Verkehrsregelung und der Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität. Sie hat von daher eine bessere Perspektive als die Polizisten in Ägypten.

Ltd. Polizeidirektor a.D. Wolf fasst zusammen:

Konflikte haben auf dem afrikanischen Kontinent eine Jahrhunderte lange Tradition und sind zum Teil interner Art, d.h. sie bestehen und brechen aus zwischen Stämmen und Ethnien oder entwickeln sich gar innerhalb einzelner, an sich ethnisch homogener Clans. Diese Konfliktkultur, die auch durch Egoismus und Intoleranz geprägt ist, kann nicht aufgelöst werden.

In die Lagebeurteilung müssen auch demographische Faktoren (Bevölkerungswachstum bei deutlichem Überhang junger Menschen), die starke Verbreitung und Zugang zu Waffen, ebenso die willkürlichen, wie mit dem Lineal auf der afrikanischen Landkarte vorgenommenen Grenzziehungen durch die ehemaligen Kolonialmächte (ebenso in Asien!), einbezogen werden.

Die arabischen Länder sind im allgemeinen weiter entwickelt als die Staaten Schwarzafrikas. Dies stellt eine der Hauptursache der Migration aus den Südsaharaländern nach Nordafrika und von dort weiter nach Europa, dar.

Die zunehmende Medienpräsenz, die Verbreitung moderner Kommunikationsmittel und der damit verbundene Informationszugang bieten die Chance der Modernisierung, verstärken aber auch den Migrationsdruck.

Hilfe von außen ist erforderlich, sie darf aber nicht aufoktroiert werden, vielmehr müssen Unterstützungsleistungen im Einklang mit den dortigen nationalen und kulturellen Gegebenheiten erfolgen. Es geht um Beratung und „Hilfe zur Selbsthilfe“, so dass die Menschen ein Gefühl des *National Ownership* entwickeln können.

Bildung, hier grundlegend die Möglichkeit zum Schulbesuch, vor allem für Frauen, gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Für eine friedvolle und auf stabile Entwicklung, so Wolf, „ist mehr Zeit erforderlich, als wir haben.“

Die Ausgangsfrage, ob durch „Arabellion“ und – im Zuge der erweiterten Betrachtung – von Afrika aktuell eine Gefahr für den Weltfrieden ausgeht, verneint Ltd. Polizeidirektor a.D. Wolf. Er sieht jedoch mittelfristig ein Konfliktpotential beim Ringen um afrikanische Rohstoffe, hier ist China sehr stark engagiert.